

Deutsches Institut für Bankwirtschaft

Schriftenreihe

Band 7

Editorial

Das Jahr 2011 klingt rekordverdächtig aus. Die deutschen Unternehmen haben Beschäftigung wie lange nicht und die Auftragsbücher sind voll. Die Bundesagentur für Arbeit zählt mit über 41 Millionen die höchste Anzahl an Erwerbstätigen, die in Deutschland jemals festgestellt wurde. In 2011 erwartet die Rentenversicherung mehr als 4 Milliarden Euro Überschuss und die Steuereinnahmen erreichen mit 570 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Parallel dazu hat das Zinsniveau ein historisches Rekordtief erreicht und beflügelt mangels attraktiver Geldanlagezinssätze ein anhaltend stabiles Konsumklima. Aber die Lage ist keineswegs rosig. Das Taumeln der Finanzmärkte hat sich seit 2007 immer weiter aufgeschaukelt und damit haben sich auch die Dimensionen von bereits umgesetzten oder beschlossenen Stabilisierungsmaßnahmen vervielfacht.

Am Anfang standen die Liquiditätsengpässe der Industriekredit Bank IKB mit 10 Milliarden und der Sachsen LB mit 17 Milliarden Euro, zu deren Bekämpfung auch Staatsgarantien eingesetzt wurden. Bei der Krise der Hypo Real Estate (HRE) stiegen die Summen der Hilfen dann in den dreistelligen Milliardenbereich. Die Stützungsmaßnahmen erforderten 124 Milliarden an staatlichen Garantien und zusätzliche 8 Milliarden an unmittelbaren Kapitalhilfen.

Die Liquiditäts- und Finanzierungsproblematik einzelner Banken hat sich inzwischen national und international branchenweit ausgebreitet und schließlich auch auf zahlreiche Staaten insbesondere im Euroraum übergegriffen. Die Lage Griechenlands etwa resultiert aus einem Schuldenstand, der im September 2011 auf 360,4 Milliarden Euro und damit 165 % des Bruttoinlandsproduktes hochgeschneit ist. Bereits die Diskussion über einen Schuldenschnitt zur Bewältigung der Griechenlandkrise machte deutlich, dass die Staaten der Eurozone oder des

Europäischen Wirtschaftsraumes doch keine Schuldner ohne jedes Ausfallrisiko sind, wie es die Gesetzgeber in den Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute traditionsgemäß verankert hatten. Und die Kursentwicklungen mancher Staatsanleihen unterstreichen diese Erkenntnis täglich an den Börsen. Unter anderem die Risiken aus den Staatenfinanzierungen machen nun eine höhere Eigenkapitalausstattung der Banken erforderlich, wie sie mit den Basel III Regelungen bereits beschlossen wurde. Dies soll für die europäischen Banken bis zum Jahr 2019 zusätzliches hartes Kernkapital von mehr als 1.000 Milliarden Euro erforderlich machen.

Zur Staatenrettung wurde zunächst die European Financial Stability Facility (EFSF) mit einer Finanzierungskraft von anfänglich 250 Milliarden Euro ausgestattet und beträgt nun nach Erweiterungen zum Jahresende 2011 rund 440 Milliarden Euro. Spätestens in 2013, eventuell aber bereits in 2012 ist als dauerhafter Sicherungsfonds der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen, dessen Finanzierungskraft dann mindestens 500 Milliarden Euro betragen soll. Von verschiedenen Seiten sind aber mit 1.000 oder gar 2.000 Milliarden Euro bereits weit höhere Volumina für den ESM gefordert worden.

Vor dem Hintergrund der Besorgnis um die Stabilität der Systeme versorgt die Europäische Zentralbank die Kreditinstitute seit Krisenbeginn anhaltend mit reichlichen und günstigen Refinanzierungsmitteln. Am 21.12.2011 wurde ein mit 3 Jahren Laufzeit außergewöhnlich lang laufender Tender bei einem Zinssatz von 1 % pro anno mit 489 Milliarden Euro durch die europäische Kreditwirtschaft in Anspruch genommen. Gleichzeitig legten die Banken einen bisherigen Spitzenwert von rund 450 Mrd. Euro zu 0,25% auf den EZB Konten an.

Die Zukunftsprognosen warnen angesichts der beschriebenen Entwicklungen mit schlüssigen Argumenten vor den Gefahren einer großen Geldentwertung. Je nach Standpunkt oder Überzeugung finden sich dem gegenüber aber ebenso nachvollziehbare Warnungen vor den Gefahren einer Deflation. Unabhängig vom Ausgang dieser Fragestellungen wird der Bankensektor den schon seit Jahren beschrittenen Weg der Anpassung an intensiveren Wettbewerb jetzt zusätzlich verschärft durch die Krisenszenarien und die schärferen Eigenkapitalanforderungen fortsetzen müssen.

Im vorliegenden Band 7 der Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Bankwirtschaft kann bei allen Beiträgen ein Bezug zu dem zuvor dargestellten Umfeld hergestellt werden. Die Notwendigkeit einer gut diversifizierten Anlagestrategie ist in guten wie

in schlechten Zeiten unbestritten. Alexander Lohse hat hierzu die interessante Frage untersucht, wie sich Rohstoffinvestments als Beimischung auf die Rendite-Risiko-Relationen in einem Anlegerportfolio auswirken. Sarah Koffke analysiert, ob in Change-Management-Prozessen durch eine individuellere Kommunikation anhand der Persönlichkeitstypologien der Beteiligten positive Effekte erzielbar wären und wie ein solcher Ansatz umgesetzt werden könnte. Vanessa Brahmī stellt in ihrer Untersuchung mit Contingent Convertible Bonds (CoCo's) eine spezielle Anleiheform in den Mittelpunkt, die bei den Banken zur Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen möglicherweise noch eine große Rolle spielen wird. Und schließlich geht Michaela Kliemank ungeachtet jeglicher Entwertungssorgen der Frage nach, welche Bedeutung das Bargeld angesichts zunehmender Zahlungsalternativen im Lebensalltag in Deutschland hat.

Berlin im Dezember 2011

Prof. Dr. Henrik Schütt

Deutsches Institut für Bankwirtschaft

In: Deutsches Institut für Bankwirtschaft – Schriftenreihe, Band 7 (12/2011)

ISSN 1869-635X erhältlich unter:

<http://www.deutsches-institut-bankwirtschaft.de/schriftenreihe>